



Zwölftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1349 -

ERSTE und ZWEITE BERATUNG

Vizepräsident Höhn:

Das war eine Punktlandung, Herr Abgeordneter, vielen Dank. Ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstem das Wort Herrn Abgeordneten Brandner, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Blechschmidt hat sich hier wieder als Altparteiensprecher hervorgetan, wahrscheinlich wieder für alle, wie vorhin. Ich nehme es auch vorweg. Das, was sich heute hier abspielt, ist eine klassische Altparteienallianz für volle Taschen und gegen die Interessen der Bürger.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Alle Altparteien wieder einer Meinung, wenn es darum geht, sich noch mehr Geld und noch mehr Vorteile aus der Steuerzahlerkasse zukommen zu lassen. Ausgangspunkt für diesen weiteren schamlosen Griff in die Staatskasse – man kann es kaum glauben – ist die Völkerwanderung, wie Herr Ramelow so schön formulierte, oder die Lawine, wie Herr Schäuble es noch schöner sagte. Solidarität mit den Aktiven der Völkerwanderung schallt es einem seit langer Zeit aus dem bunten Gutmenschentum der hier anwesenden Vertretern der rot-schwarz-rot-grünen Selbstbedienungsalianz entgegen. Diese Solidarität, die Sie anmahnen, die sollte eigentlich auch Teile von Uneigennützigkeit in sich tragen – trug es auch bisher, denn die Abgeordneten verzichteten auf ihre Zimmer im Haus der Abgeordneten.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ja, aber im Hotel haben Sie auch übernachtet!)

Wir von der AfD verzichteten ohne großes Murren und Brimborium auf unsere Zimmer, wir zogen aus, wir erkannten den Ernst der Lage und nahmen das so hin. Der eine oder andere von Ihnen allerdings murkte schon gewaltig und gab Äußerungen von sich, die nicht und schon gar nicht hier zutierfähig sind. Aus Gründen der Kollegialität sage ich weder Namen noch Inhalte.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist so verlogen! Unglaublich!)

Nur so viel: Noch nie habe ich von Mitgliedern meiner Partei so etwas auch nur ansatzweise gehört, was da von Vertretern der Altparteien geäußert wurde. Es als fremdenfeindlich und unter Stammtischniveau zu bezeichnen wäre noch geschönt. Die Betroffenen sitzen hier im Raum und wissen genau, wer gemeint ist. Doppelzüngigkeit pur – schlimmer geht's nimmer!

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Schauen Sie mal in den Spiegel!)

Meine Damen und Herren, Solidarität also. Die sieht für Sie nun so aus, dass Sie den Wegfall des Hauses der Abgeordneten nicht nur nicht dazu nutzen, das Privileg des Kostenlos-in-Erfurt-Wohnens als unzeitgemäß und unangebracht abzuschaffen, denn es ist unzeitgemäß und unangebracht, Herr Blechschmidt, auch wenn Sie versuchen, etwas anderes zu verklickern. Ich wüsste nicht, was es mit der Ausübung des Mandates zu tun hat, dass man irgendwo für lau übernachten kann. Jeder Mensch muss seine Übernachtung bezahlen. Warum machen wir das nicht wie jeder Arbeitnehmer in Deutschland auch, aus unseren Bruttodiäten und setzen dann unsere Ausgaben als Betriebsausgaben dagegen? Warum machen wir das nicht so? Ganz wie alle normalen Menschen auch.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Wir haben ja nichts zu tun hier!?)

(Beifall AfD)

Der Verzicht auf dieses Privileg wäre vor dem Hintergrund der immensen finanziellen Belastungen auch durch die Völkerwanderung der einzig richtige Schritt gewesen.

(Unruhe DIE LINKE)

Solidarität für die Altparteien heißt allerdings zusätzliche Belastung der Bürger durch Wasserentnahmeabgaben, durch erhöhte Grunderwerbssteuern, durch Kürzungen in Schulen, bei Sozialleistungen, durch höhere Schulden und demnächst wahrscheinlich durch einen Völkerwanderungssoli.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Brandner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kobelt, Bündnis 90/Die Grünen?

Abgeordneter Brandner, AfD:

Am Ende gern.

Vizepräsident Höhn:

Okay. Am Ende.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Am Ende gern. Ich bin gleich soweit. Solidarität für Sie von den Altparteien sieht hier im Landtag ganz anders aus. In einer Nacht- und Nebelaktion, im Schweinsgalopp und in der Hoffnung, dass es schon niemand merken wird, wollen Sie kräftig zulangen. Ein ordentlicher Schluck aus der Pul-

le. Nicht weniger, soll es werden, es soll auch nicht gleich bleiben, nein. Mehr soll es werden. Rund 400.000 Euro hat das Haus der Abgeordneten

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Im Ältestenrat beschlossen!)

grob geschätzt unter großzügiger Berücksichtigung des § 10 Abs. 4 Abgeordnetengesetz gekostet. Rechnerisch sind das geteilt durch zwölf, geteilt durch 91 etwa 360 Euro im Monat. Wenn man schon nicht Verzicht üben will und dadurch die Solidarität zum Ausdruck bringt, dann wäre das der Ausgleichsbetrag gewesen, nämlich diese 360 Euro über die man hätte reden können. Dann wären keine höheren Kosten entstanden. Das hätten wir gern diskutiert, meine Damen und Herren. Aber wie man es von Ihnen von den Altparteien nicht anders gewohnt ist, gehen Sie einen anderen Weg unter dem Ausschluss der AfD-Fraktion. Weil Sie wussten, dass mit uns keine Erhöhungen zu machen sind, machen Sie einträchtig kurzfristig handstreichartig und unter Ausnutzung der Geschäftsordnung einen völlig inakzeptablen Gesetzentwurf und peitschen den hier mit Ihren Zweidrittel-Mehrheiten durchs Parlament. Ein klassischer Altparteien-Gesetzentwurf zu Lasten der Bürger.

(Beifall AfD)

Der Gesetzentwurf ist zunächst einmal klassische Camouflage, also Verschleierung. Er weist die Erhöhung nicht etwa aus, sondern verweist auf den Ältestenrat, der dann die Ausführungsbestimmungen mit dem Präsidenten zusammen schreibt. Da blickt kein Mensch mehr durch. Es gibt zwei verschiedene Komponenten. Einmal 550 Euro im Monat, das würde allein schon zu beträchtlichen Mehrkosten führen. Oder die 80 Euro. 80 Euro für eine Hotelübernachtung, auch schon sehr üppig, auch das wird ab der fünften Übernachtung pro Monat die Kosten durch die Decke schießen lassen. Und ich bin kein Prophet, dass Sie demnächst dann wieder camouflageartig die 80 und die 550 Euro im Ältestenrat wahrscheinlich erhöhen werden.

Die Frist zur Einbringung ist nicht eingehalten worden. Hoppladihopp – beide Lesungen wurden heute durchgepeitscht. Da musste für die Zweidrittelmehrheit auch die CDU mit ins Ramelow-Mehrheitsdiätenerhöhungsbötchen und die stieg als Steigbügelhalter da auch gerne ein. Wahrscheinlich wird sie nicht reden, sondern sich durch Herrn Blechschmidt hier vertreten lassen. Meine Damen und Herren, so eklatant...

Vizepräsident Höhn:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter. Einen kleinen Augenblick.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Gern.

Vizepräsident Höhn:

Ein freundschaftlich gemeinter Hinweis an unsere Besucher auf der Tribüne. Sie müssten eigentlich bei Ihrer Einweisung darüber informiert worden sein, dass das Fotografieren mit Smartphones in den Plenarsaal hinein nicht gestattet ist. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Herr Brandner, Sie haben weiterhin das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Also mich können Sie gern fotografieren, wenn Sie wollen. Meine Damen und Herren...

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, hier geht das nicht!)

Vizepräsident Höhn:

Aber nicht hier im Plenarsaal.

Abgeordneter Brandner, AfD:

So eklatant daneben wie der Gesetzentwurf ist auch das parlamentarische Vorgehen. Wie schnell vergisst man? Wie schnell macht Rot-Grün genau das, was früher nicht gemacht werden sollte? Es ist erschreckend. Herr Pidde. Ist er da? Herr Pidde ist unterwegs. Wir haben mal nachgelesen. 1999 zum Thema Fristenverkürzung haben Sie gesagt, ich zitiere: Während Sie die guten Demokraten sein wollen, Sie meinten damals die CDU, betreiben Sie die Politik weiter, die auf die Unterdrückung der Opposition auf eine Betonpolitik hinausläuft, Zitatende. Das, Herr Pidde, zum Thema „Fristenverkürzungen“ vor einigen Jahren. Nun machen Sie von den Linken bis zur SPD genau das, was Sie jahrelang bekämpft und moniert haben. Wie klassische Wendehälse, aber da kennen sich viele von Ihnen wunderbar aus. Irgendwie, meine Damen und Herren von den Altparteien, bleiben Sie sich aber auch treu. So wie Sie bei der Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung plötzlich umgefallen sind, wie Sie nach Jahren und gegen Ihre eigenen Parteitagsbeschlüsse plötzlich auch gegen die Trennung von Amt und Mandat waren, wie Sie plötzlich, als die AfD das eingebracht hat, gegen mehr Bürgerbeteiligung und Volksabstimmungen waren, wie Sie Ihre Ministerinnen sich haben Rentenansprüche ersitzen lassen. Ich erwähne in dem Zusammenhang die grüne Null ganz gerne, die hier gerade nicht sitzt. So halten Sie es auch hier. Was stört Sie mein Solidaritätsgeschwätz von gestern, wenn es um mein Portemonnaie geht. Das ist eine Politik, die mit uns nicht zu machen ist.

(Beifall AfD)

Mit uns geht das nicht. Wir von der AfD lehnen dieses Selbstbedienungsgesetz ab und beantragen die Überweisung in den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, da wir die Hoffnung in Ihre Einsichtsfähigkeit noch nicht völlig aufgegeben haben, und hoffen, Sie dann im Ausschuss davon überzeugen zu können, dass Sie mit diesem Gesetzentwurf einen völlig falschen Weg eingeschlagen haben. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Brandner, ich darf Sie zumindest darauf aufmerksam machen, Sie wollten die Frage noch beantworten und der Begriff „grüne Null“ ist mir zumindest eine Rüge wert.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Das hat Frau Siegesmund gestern auch gesagt, aber gut.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Brandner, wo übernachtet denn Ihre Fraktion, nachdem Sie in Mannschaftsstärke zum parlamentarischen Abend einrücken?

Abgeordneter Brandner, AfD:

Das kann ich Ihnen sagen. Wir übernachteten alle getrennt. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen gehandhabt wird.

(Beifall AfD)

Wir sprechen uns weder ab, wo wir übernachteten, das machen wir also jeder nach seinem Gusto, da gibt es keine Vorgaben.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Im Hotel, was vom Landtag bezahlt wird!)

(Unruhe DIE LINKE)

Vizepräsident Höhn:

Als Nächster erteile ich Frau Abgeordneter Rothe-Beinlich, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

[...]

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Es gibt eine weitere Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Brandner.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Frau Rothe-Beinlich, also Ihre Betroffenheit sprang ja geradezu über auf uns. Es ist schon bezeichnend, dass Ihre Fraktion so ein wichtiges Gesetz darauf zu reduzieren versucht, herauszufinden, wer was wo isst und wer mit wem wo schläft.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für Sie vielleicht, für mich nicht!)

Also, es geht hier um eine ganz ernste Angelegenheit, eigentlich. Und wer da mit wem übernachtet, hallo, das interessiert mich doch nicht. Das müssen Sie unter sich klären, mit wem Sie die Wohnung teilen, oder Zimmer teilen oder wie Sie das machen. Wenn man beim MDR beim Empfang war, das hatte der Herr Harzer so halb neidisch auch schon mal gesagt, er hätte mich da Bier trinken sehen. Herr Harzer, Sie wissen doch genau, dass ich vor dem MDR-Empfang bei einer Demo war. Ich weiß nicht, ob Sie auch dabei waren? Wahrscheinlich haben Sie ein paar Steine geworfen.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wollen Sie mir eine strafbare Handlung unterstellen?)

Und dann kam ich zu dem MDR-Empfang und dachte mir: Mensch, wenn ich schon die Zwangsbeiträge zahlen muss, dann kann ich auch ein Bierchen da trinken. Was ist denn daran verwerflich?

Und jetzt die Sache mit der Lügenpresse, Frau Rothe-Beinlich, das muss ich auch noch mal klarstellen. Ich habe „Lügenpresse“ noch nie gesagt. Fertig. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf diese Schnapsidee kommen und dies auch immer wieder gebetsmühlenartig verbreiten.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Seien Sie mal vorsichtig!)

Ihnen fällt auch irgendwie nichts Neues ein, was Sie uns vorwerfen können. Merken Sie das?
(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber Sie erinnern sich an die Rede vom MDR!)

Das sind immer so Worthülsen und Textbausteine, die Sie hier verwenden und die passen meistens gar nicht, wenn Sie uns da drüben ansprechen.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Sie sprechen wohl über Ihre letzte Rede am Landtag?)

Es geht darum – das muss ich noch sagen: Ross und Reiter nennen –, wer was und sich wie geäußert hat. Also ich glaube, Sie würden dann Ihrem Namen gerecht, Frau Rothe-Beinlich, und richtig rot werden, wenn Sie das hören würden, was ich gehört habe. Wenn ich Ihnen das sagen würde, Ihr Gutmenschenbild würde zusammenbrechen. Deshalb schweige ich lieber weiter und denke mir meinen Teil darüber.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie bleiben also bei Ihren Äußerungen!)

Jetzt haben Sie gesagt, wir übernachten auch irgendwo im Hotel. Natürlich übernachten wir im Hotel. Klar.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wer bezahlt es?)

Sie bestimmt nicht, oder?

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ich sage Ihnen noch was. Jetzt freuen Sie sich hier diebisch, weil wir im Hotel übernachten. Aber es steht so im Gesetz drin. Zahlen Sie freiwillig mehr Steuern, als Sie müssten?

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch wohl auch nicht – oder? Es geht doch darum, dass alle Abgeordneten die gleiche Basis haben für ihre Arbeit.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich zahle gern und freiwillig in die gesetzliche Krankenkasse!)

Und wenn wir jetzt, beruhigen Sie sich doch mal.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich bin ruhig!)

Ja. Gesetzliche Krankenkasse, Bluthochdruck, da ist schon gefährlich, was sich da bei Ihnen abspielt.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: In dem Alter!)

Also noch mal: Es geht uns darum, dass alle Abgeordneten die gleichen Rechte und Pflichten haben, und zwar auf möglichst niedrigem Niveau, was die Belastung der Steuerzahler angeht. Das müsste eigentlich verständlich sein. Das müsste auch bei Ihnen überkommen. Wenn wir jetzt auf irgendwas verzichten, was Sie ausnutzen, dann bieten wir Ihnen einen Wettbewerbsvorteil. Und Sie werden doch uns von der AfD jetzt nicht vorwerfen, dass wir Ihnen keinen Wettbewerbsvorteil bieten wollen – oder? Also, gleiche Rechte und Pflichten für alle, Abschaffung für alle, und da machen wir gerne mit. Schönen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Eine weitere Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Emde, CDU-Fraktion.